Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.
Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 13.50
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
innerdeutschen Verkehr Mk. 12.50 und 90 Pfg. Post-
beleggeld.

Anzeigenpreis: die einpaltige Petitzeile oder deren
Raum 50 Pfg., auswärts 60 Pfg., Reklamezeilen
1.50 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Carl.
Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vor-
mittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Graf in Wildbad.

Nummer 274

Freitag 179.

Wildbad, Mittwoch, den 24. November 1920.

Freitag 179.

54. Jahrgang

Ist die Anwendung von Kunst- dünger lohnend?

Herr St. Landwirtschaftsinspektor A. G. H. Lehnberg
schreibt uns:

In landwirtschaftlichen Kreisen hört man so oft die
Ansicht vertreten, daß sich die Anwendung von Kunst-
dünger bei den hohen Preisen nicht mehr lohne. Die
Frage der Rentabilität der Kunstdünger ist ohne wei-
teres zu bejahen. Das zeigen uns die planmäßig be-
triebenen Güter, wo jetzt, gegenüber früher, die mehr-
fache Menge Kunstdünger angewendet wird. Diese Gü-
ter müssen doch gerade so rechnen wie der kleine Bauer,
ja, teilweise noch viel mehr, da sie mit fremden Arbeits-
kräften arbeiten. Allerdings muß die Anwendung eine
sachgemäße sein. Wohl sind die Kunstdüngerpreise
gewaltig gestiegen, aber auch für die Erzeugnisse wer-
den weit höhere Preise bezahlt. Die Preise für den
Kunstdünger müssen in ihrem Verhältnis zu den Erzeug-
nispreisen betrachtet werden. Und da zeigt es sich im
allgemeinen, daß dieses Verhältnis nicht viel ungün-
stiger gegenüber früher geworden ist. Das trifft na-
mentlich beim Vergleich mit den Preisen der Pflanz-
stoffe zu, aber auch bei den Salzen- und Kalkstoffen ist das
Verhältnis noch nicht so ungünstig, daß die Anwen-
dung der Kunstdünger unlohnend würde. Wohl ist der
Preis für die Phosphorsäure gewaltig gestiegen,
aber nicht in demselben Maß der für Stickstoff
und namentlich für das Kali. Wer glaubt, die An-
wendung von Kunstdünger von einer Senkung der
Preise abhängig machen zu sollen, würde wohl darauf
noch lange warten müssen, da eben die Rohstoffe, na-
mentlich die Kohle, und dann aber auch die Arbeitslöhne
in absehbarer Zeit nicht billiger werden. Die Landwirt-
schaft kann die Grundlage zum Wiederaufbau unserer gan-
zen Volkswirtschaft nur dann abgeben, wenn sie ihre
Erzeugung wesentlich hebt, daß wir nicht gezwungen
sind, für viele Milliarden Mark Nahrungsmittel einzu-
führen. Und das können wir vermeiden, wenn wir un-
seren Ackerbau möglichst zweckmäßig betreiben und na-
mentlich genügend Kunstdünger anwenden.

Aber wie sieht es damit? Die Reichsregierung ist
gezwungen, einen größeren Teil der erzeugten Stick-
stoffdünger an das Ausland zu verkaufen, da er im In-
land keinen Absatz findet. Wenn wir aber bedenken,
daß dieser Dünger im Land selbst nötig gebraucht
wird und daß mit jedem Zentner Stickstoff 3 Zentner
Getreide oder 25 Ztr. Kartoffeln oder die gleiche Menge
Büdenrüben oder etwa 40-50 Ztr. Angerben mehr er-
zielt werden könnten, so werden wir das Sinnwidrige
dieser Ausfuhr einsehen. Kommt etwa die eingeführte
Frucht billiger zu stehen? Beileibe nicht, denn diese kostet
pro Zentner mindestens 300 Mark. Wir würden so
sehr teures Brot erhalten, so daß sich die meisten
Leute nicht mehr satt essen könnten. Daran wird auch
nichts geändert, wenn ein Teil der Kosten vom Reich
übernommen wird, denn am Ende müssen wir es doch
in Gestalt von Steuern bezahlen, und zwar der Land-
wirt so gut wie der andere Staatsbürger. Es ist deshalb
Pflicht des Landwirts, daß er sowohl Kunstdünger anwen-
det, als er nach Lage der Verhältnisse nur irgendwie
kann. Er nützt damit sich und seinen Nebenmenschen.
Ich bin gern bereit, den Landwirten bei der An-
wendung des Kunstdünger mit Rat zur Seite zu stehen.

Im Zusammenhang ist ein Artikel von Interesse, den
Freiherr v. Wangenhe in der „Deutschen Tages-
zeitung“ veröffentlicht und der ebenfalls die Wichtigkeit
der Kunstdüngung hervorhebt und zugleich Vorschläge
macht, die Schwierigkeiten, die für viele Landwirte hin-
sichtlich der Beschaffung von Kunstdünger zweifellos vor-
handen sind, zu überwinden. Die Vorschläge dürften
wenigstens die Interessenten zu einem fruchtbaren Mei-
nungsaustausch anregen. In dem Artikel heißt es u. a.:

Die Landwirte sind größtenteils nicht in der Lage,
schon ein Jahr vor der kommenden Ernte die Summen
zu veranschlagen, welche sie heute für Kunstdünger auf-
wenden müssen. Vor dem Krieg bezog man im Juli-
August den Bedarf an Kalisalzen und Phosphaten für
die Bestellung der Winterkulturen, vom November bis
Februar dieselben Düngemittel für Graslandereien, Som-
mertorn und Hackfrüchte, vom Februar bis April den

Stickstoff für Sommerkorn und Hackfrüchte; so verteil-
ten sich Anfuhr und Bezahlung auf etwa 9 Monate;
ein Gut, das damals 2000 Mk. für Kunstdünger ausgab,
hat heute 20000 Mark dafür zu zahlen und soll den
ganzen Betrag ein Jahr vor der Ernte, also mit Ver-
lust an Zinsen, Schwund und Lagerkosten auslegen. Das
können heute nur die wenigsten Landwirte; und da
sie sich ferner erfahrungsgemäß sagen müssen, daß in
einem Dürrejahr die ganzen Aufwendungen verloren sind,
so wagen namentlich die Besitzer unsicherer Böden in
ungünstiger klimatischer Lage es nicht mehr, sich der
Gefahr auszusetzen, die in einem Jahr für sie ver-
sichend werden kann. Eine Herabsetzung der Höchst-
preise halte ich für notwendig und durchführbar, eine
Ausfuhr von Stickstoff, wie jede Ausfuhr fertiger Er-
zeugnisse für erstrebenswert. Im übrigen scheint es mir
hier nur einen Ausweg zu geben, welcher darin be-
stehen würde, daß der Landwirt seinen Bedarf
an Düngemitteln und anderen Rohstoffen
gegen landwirtschaftliche Erzeugnisse oder
Guttschein auf solche, lieferbar aus der näch-
sten Ernte, eintauscht.

Wenn Herr Prof. Aereboe erklärt, die Landwirte könn-
ten die Düngung mit Phosphaten noch eine Reihe
von Jahren aussetzen, da genügende Vorräte dieses Stoffes
in unseren Ackerböden enthalten seien, so möchte ich doch
dringend raten, sich mit diesem Trost nicht zu beruhigen.
Wir wirtschaften schon seit mehreren Jahren ohne oder
mit sehr verminderten Gaben von Phosphorsäure und
erhebliche Vorräte dieses unentbehrlichen Nährstoffes sind
doch nur in unsern allerbesten Wirtschaften vorhanden,
bei dem größeren Teil fehlen sie gänzlich.

Wenn nun aber die Landwirte heute zum weitaus größ-
ten Teil schon nicht mehr in der Lage sind, eine solche
Vorschaufwirtschaft in Kunstdünger zu führen, so wird
dieselbe völlig zum Zusammenbruch kommen, wenn durch
das Reichsnotopfer ihnen das mehr denn je notwendige
Betriebskapital genommen wird. Dieser Eingriff ist
gleichbedeutend mit dem Ende der intensiven Landwirt-
schaft. Setzt man an die Stelle des Reichsnotopfers eine
Zwangsanleihe mit zunächst sehr geringer, erst all-
mählich steigender Verzinsung, so läßt man wenigstens
dem Unternehmer einen, wenn auch geringen Wert, der
ihm als Grundlage für den unbedingt zur Erhaltung
seines Betriebs nötigen Kredit dienen kann.

Neues vom Tage.

Beschwerden in Warschau.

Berlin, 23. Nov. Die polnische Regierung hatte
eine Reihe von Beschwerden in Berlin erhoben wegen
angeblicher Rechtsverletzungen gegen Polen. Die deutsche
Reichsregierung hat diese Klagen als unbegründet ab-
gelehnt und ihrerseits in Warschau auf die Verfolgungen
und Bedrückungen hingewiesen, denen Deutsche in den
abgetretenen Gebieten ausgesetzt sind.

Der ganze Briefverkehr von und nach Polen wird
von den polnischen Behörden der Zensur unterworfen.

Landarbeiterstreik.

Berlin, 23. Nov. Der Landarbeiterverband im Re-
gierungsbezirk Stralund hat den verschärften General-
streik verkündet. Auch Notstandsarbeiten werden nicht
mehr amgeführt. Die Technische Nothilfe ist in ver-
stärktem Maß eingesetzt worden.

Die Affäre Südtirol.

Berlin, 23. Nov. Die Meldung der Wiener „Mon-
tagszeitung“, die beanstandete Haltung der deutschen
Reichsregierung gegenüber Südtirol erkläre sich aus
einem mit Italien abgeschlossenen Geheimvertrag,
nach dem Deutschland die Verwicklung der italienischen
Grenze bis zum Brenner billige, wogegen Italien Deutsch-
land in Oberschlesien unterstütze, — wird halbamtlich für
erfunden erklärt.

München, 23. Nov. Der Landesvorstand der Demo-
kratischen Partei in Bayern hat gegen die Aeußerungen
des deutschen Botschafters in Rom, Berenberg-Go-
bler, über Südtirol Verwahrung eingelegt.

Die Regierungsbildung in Sachsen.

Dresden, 23. Nov. Einer Blättermeldung zufolge
sollen die Unabhängigen in Sachsen bereit sein, an einer
Regierungsbildung aus allen Parteien sich zu betei-
ligen.

Das Urteil in Breslau.

Breslau, 23. Nov. Wegen der bekannten Vorgänge
in Breslau im letzten Sommer, wo das polnische Kon-
sulat von Deutschen gestürmt und teilweise zerstört wurde,
standen 21 Angeklagte vor dem Schwurgericht. Nach 12-
tägigen Verhandlungen wurden 5 der Angeklagten frei-
gesprochen, die übrigen wegen Landfriedensbruchs und
Plünderung zu Gefängnisstrafen von 1 Monat bis 1
Jahr verurteilt. Die Geschworenen und der Gerichts-
hof werden ein Begnadigungsgesuch beim Reichspräsi-
denten befürworten.

Zumulte in Wien.

Wien, 23. Nov. Als Kundgebung gegen die Gewalt-
taten der Tschechen gegen die Deutschen, besonders die
deutschen Studenten in Prag, veranstalteten die Wi-
ener Studenten vor der Universität eine Versamm-
lung. Unter dem Gesang der „Nacht am Rhein“ zogen
Tausende vor die tschechische Gesandtschaft, wo hundert-
lang ein Handgemenge sich abspielte. Viele Studenten
wurden verhaftet, welche die anderen Studenten immer
wieder zu befreien suchten. Endlich gelang es, die Mas-
sen in die äußeren Stadtteile auseinander zu drängen.
Der Studentenausschuß beschloß, die tschechischen Honorar-
e von den Wiener Hochschulen solange auszuschließen, bis
der den deutschen Studenten in Prag zugefügte Schaden
wieder erlegt ist.

Der Fall Gruber.

Amsterdam, 23. Nov. Wie der Amsterdamer Re-
treter des W.D. von einer dem vormaligen Kron-
prinzen nahestehenden Seite erfährt, haben sich weder
der vormalige Kronprinz noch sein Begleiter Major von
Müllner jemals bewußt oder unbewußt an einer Kapital-
verchiebung aus Deutschland nach dem Ausland betei-
ligt. Die Beziehungen des früheren Kronprinzen zu
der Firma Gruber, Philippsohn u. Co. rühren daher,
daß diese sich dem Kronprinzen nach dessen Ueber-
tritt auf holländisches Gebiet als einer der ersten zur
Verfügung stellte und ihm in seiner bedrängten finan-
ziellen Lage dadurch half, daß sie ihm 5000 Gul-
den vorstreckte, um über die erste Zeit hinwegzukommen.
Seitdem bestreitet der Kronprinz seinen Lebensunterhalt
aus Mitteln, die er vom vormaligen Kaiser bezieht.

Das Morden in Irland.

London, 23. Nov. Bei den Gewalttaten in Dublin
am Sonntag sind etwa 30 englische Offiziere ermordet
worden, die fast alle Mitglieder des Kriegsgerichts wa-
ren. Die Behörden glauben, daß viele Sinn-Feinde
vom Lande die Veranstaltung eines Fußballweitspiels
in Dublin als Vorwand benutzten, um die längst ge-
planten Morde auszuführen. Polizei und Soldaten gin-
gen mit der größten Schärfe vor, als auf dem Sport-
platz die Zuschauermenge, die aus einigen tausend Per-
sonen bestand, zusammengetrieben und nach Waffen durch-
sucht wurde. Mehrere hundert Personen wurden ver-
wundet, über 3000 Verhaftungen vorgenommen.

In England herrscht große Empörung. Im Unter-
haus legte der Hauptsekretär für England, Greenwood,
einen Bericht über die Vorgänge in Dublin vor. Als
der irische Abgeordnete Devlin zu sprechen versuchte,
wurde er von einem englischen Abgeordneten gepackt.
Es kam zu einem Handgemenge und die Sitzung mußte
unterbrochen werden.

Nachdem Lloyd George nach Wiederaufnahme der
Sitzung seinen festen Willen betont hatte, den Mordtaten
in Irland ein Ende zu machen, mußte wegen großen
Lärms die Sitzung ein zweites Mal unterbrochen werden.

Reichstag.

Berlin, 23. Nov.

In der gestrigen Sitzung kam die Interpellation des
früheren Reichskanzlers Hermann Müller (Soz.) über
die Millionenvorschübe nach dem Ausland zur Be-
handlung. Müller schränkte die vorher im „Vorwärts“
und Anfangs dieses Jahres bereits in der „Freiheit“
erschienenen Angaben verschiedentlich ein, in der Haupt-
sache hielt er die Anklage aufrecht, daß große Vermögens-
werte ins Ausland verschoben worden seien und daß
daran Mitglieder der Hohenzollernfamilie, besonders die
Kronprinzessin und die Prinzen Eitel Friedrich und

August Wilhelm beteiligt sein. Reichsfinanzminister Dr. Brühl gab die Erklärung ab, daß er, sobald ihm die Mitteilungen zugegangen war, das gerichtliche Verfahren habe einleiten lassen. Er habe also seine Schuldigkeit in dieser Sache getan und werde sie weiter tun — ohne Ansehen der Person. Abg. Dahl (D.Vp.) fragte, warum die Interpellanten geschwiegen haben, solange ihre Parteigenossen am Ruder waren, obwohl die Vorgänge bis in den Januar 1919 zurückreichen. Es sei ihnen eben nicht um die Sache, sondern um eine Hege gegen die Monarchie, die Hohenzollern und das alte System zu tun, wie aus der ganzen Aufmachung in der sozialistischen Presse hervorgehe. Dieser Gegenriff entfesselte auf der Linken einen Sturm der Entrüstung. Namens der Deutschnationalen billigte der frühere bairische Minister Dr. Düringer die Haltung der Regierung; er erwartet, daß dem Befehl freier Lauf gegeben wird. Was aber gegen die Kronprinzessin vorgebracht worden sei, sei „ertrunken und erlogen.“ Auch der Zentrumsabgeordnete Burlage erklärte sich mit den Maßnahmen der Regierung einverstanden, zugleich richtete er eine Mahnung an die Allgemeinheit, in Steuerfällen überhaupt mehr Gewissenhaftigkeit zu bewahren. — Wenn man da anfangen wollte! Dem Himmel sei geflagt. — Abg. Dietrich (D.Vp.), ebenfalls früher Minister in Baden, hielt es nicht für angebracht, in ein schwebendes Verfahren einzugreifen. Hart gerieten Graf Westarp (D.nat.Vp.) und Abg. Scheidemann (Soz.) aneinander und die Parteien wiederholten sich, jedoch es dem Vorsitzenden schwer wurde, die Ruhe einigermaßen wieder herzustellen.

Besprechung der förmlichen Anfrage Müller über die Kapitalverschlebung nach dem Ausland. (Schluß.)

Abg. Düringer (D.nat.Vp.) wünscht scharfe Durchführung der Untersuchung ohne Ansehen der Person. Diese Interpellation wolle aber die Sache politisch ausschlichten. Daß dies der Regierung angenehm war, gehe aus dem Umstand hervor, daß der Reichsfinanzminister die Interpellation beantwortete und nicht der Justizminister. Was die Kronprinzessin in Amsterdam bei Grafenherren hat, ist lediglich das Konto für den Unterhalt des Kronprinzen (hört, hört). Die Hege des „Vorwärts“ ist nur dazu bestimmt, die Liebe, die noch im Volk zum Hause Hohenzollern besteht, zu untergraben.

Abg. Buriage (Z.): Die Erklärung des Reichsfinanzministers erscheint befriedigend. Das Sinken der Steuermoral ist leider nicht zu leugnen. Auch die Mitglieder des Kaiserhauses sind nur Menschen. Wer sich aber aus reinem Mammonismus der Steuerpflicht entzieht, unterliegt der Verachtung jedes Staatsbürgers.

Abg. Kohl (D.Vp.): Die Majestät des Gesetzes ist höher als jede andere Majestät. Deshalb will meine Fraktion die Sache vom Standpunkt des Gesetzes behandeln, lehnt aber jede parteipolitische Auslegung ab. Die Interpellanten müßten, daß die Unterjochung bereits in der Schwere war. Sie bemühen die Tribüne, um die Verdächtigungen auszusprechen, geschützt von der Immunität der Reichstagsabgeordneten. Die ganze Fassung der Interpellation beweist, daß der Angriff auf das Hohenzollernhaus die Hauptfrage war. Die Interpellation ist ein Ausfluß der Schwäche der Wehrheitssozialisten. Reichsfinanzminister Brühl erklärt, die Schandurteile treten einem beim Durchlesen der Akten ins Gesicht, wenn man all die Namen lese, die sich mit einem solchen Winkelbankier eingelassen hätten.

Abg. Buchta (U.S.P.) legt der Interpellation keine übertriebene Bedeutung bei. Es handle sich hier nur um Blasen auf dem Sumpf der allgemeinen Verderbnis. Diese Verhältnisse müßten der damaligen sozialdemokratischen Regierung bekannt sein, sie hat verlagert.

Abg. Dietrich (D.Vp.): Die ganze Sachlage erscheint noch so wenig geklärt, daß meine Partei noch keine Stellung dazu einnehmen kann. Es kann sich überhaupt nur um eine Rechtsfrage, nicht um eine politische Frage handeln.

Abg. Höllein (U.S.P.): Gesetz ist heute nur der Lohnzettel. Alle anderen Steuern stehen auf dem Papier. Ich frage die Regierung, ob die für Wilhelm nach Holland beförderten Sendungen vorher von der Steuerbehörde genau untersucht wurden.

Abg. Scheidemann (S.): Mit der Antwort des Reichsfinanzministers bin auch ich durchaus einverstanden. Das wichtigste ist, daß die Kronprinzessin tatsächlich ein Konto bei dieser Schieberbank hatte. Gegen die Wucherer und Schieber muß man rücksichtslos vorgehen. Die Vorwürfe, daß die früheren Regierungen in ihren Maßnahmen gegen die Verschlebungungen säumig waren, sind unberechtigt.

Abg. Graf Westarp (D.Vp.): Die Geschäftsverbindung des Kronprinzenhauses mit dem Bankhaus Gruber u. Co. er-

klärt sich nach meinen Informationen wohl daraus, daß der Kronprinz im Winter 1918 mittellos in Holland war und deshalb ein Darlehen von 5000 Gulden bei dem Haus dieser Bankfirma in Amsterdam aufnehmen mußte. Für die Sozialdemokraten handelt es sich hier wieder nur um ein Kampfmittel gegen das Hohenzollernhaus. Die Begründung der Republik ist nicht imstande, eine 500-jährige Geschichte auszulöschen.

Abg. Dr. Brühl (Reichsfinanzminister): Solange die Kronprinzessin im Verdacht steht, an Kapitalverschlebung teilgenommen zu haben, kann eine Erklärung, die anscheinend von ihr stammt, keinen Wert haben. Die Rechte tut immer so, als lebe der Kaiser von Wasser und Brot und warte immer schüchtern auf ein Lebensrettmittel. Der Kaiser besitzt ein Schloss und einen großen Hofstaat und der Kronprinz ist war arbeitslos, braucht aber doch keine Arbeitslosenunterstützung. Die Interpellation richtet sich nicht gegen die Hohenzollern, sondern gegen die Kreise, welche die Hohenzollern wieder ins Land rufen wollen. Reichsfinanzminister Brühl: Was die Angelegenheit der Ausfuhr von Wertgegenständen des Kaisers betrifft, so sind aus dem Privatbesitz des Kaisers Möbel und Hausrat mit Genehmigung des Reichsfinanzministers ausgeführt worden unter genauer Beachtung der zollamtlichen Ausführungsbestimmungen, die in keinem Fall etwas Belastendes ergeben haben.

Abg. Stresemann (D.Vp.): Wären die kaiserlichen Ausführungen nicht erfolgt, so wären diese ehrenrührigen Angriffe auf das Hohenzollernhaus ohne Widerspruch in die Welt hinausgeschossen.

Es folgen persönliche Bemerkungen.
Nächste Sitzung: Dienstag nachmittags 1 Uhr.

Berlin, 23. Nov.

In der heutigen Sitzung schildert auf Anfrage des Abgeordneten Freiherr v. Lersner (D.nat.Vp.) wegen der Freilassung der in Woggen noch zurückgehaltenen Kriegsgefangenen Regierungskommissar Stübben die Bemühungen der deutschen Friedensabteilung und der deutschen Regierung, die Einbeziehung dieser Geiseln in die unter die Friedensbedingungen fallenden Kriegsgefangenen zu erwirken. Als dies unerreich blieb, wurde eine neue Note an die französische Regierung gerichtet, auf die die Antwort erfolgte, daß die Angelegenheit den zuständigen französischen Behörden übergeben worden sei. Die Frage der Begnadigung werde geprüft werden. Für das leibliche Wohl der Geiseln, für Kleidung, sei von der deutschen Regierung gesorgt.

Nach Erledigung einiger kleineren Gegenstände der Tagesordnung vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr.

10. Kongress der Christlichen Gewerkschaften.

Genf, 23. Nov. Acht Jahre nach dem 9. Kongress ist am Sonntag hier der 10. Kongress der Christlichen Gewerkschaften eröffnet worden. Arbeitsminister Dr. Braun (Str.) hob in seiner Ansprache hervor, die Christlichen Gewerkschaften wollen mit den anderen Ständen, namentlich mit dem proletarischen Proletariat außerhalb des Arbeiterstands zusammenarbeiten am Wiederaufbau des Vaterlands. Der preuß. Volksfahrtsminister Stegenga (Str.) forderte die Abänderung des Friedensvertrags. Wo bleibt der Einspruch der Oberhäupter aller christlichen Kirchen gegen diese Verneinung des Christentums? (Sturm. Beifall.) Die Verschlagung Frankreichs würde die Reichseinheit gefährden. In sozialpolitischer Hinsicht müsse bei heftiger Bemerkung des Arbeiters eine andere werden. Für die christliche Arbeiterbewegung sei das gegenwärtige Parteiensystem unerträglich. Deutlich, christlich, demokratisch, sozial, eine starke christlich-nationale Volkspartei, die Zusammenfassung der politischen Kräfte im katholischen und im evangelischen Lager sei das Gebot der Stunde.

Die Gesamtverbände der Angestellten- und Arbeitergewerkschaften erklärten ihre Zustimmung zu Stegenwalds Richtlinien. Einstimmig angenommen wurden vier von Stegenwald befürwortete Entschlüsse: 1. auf grundlegende Aenderung der Versailler Friedensverträge; 2. gegen die weitere Besetzung großer Teile Deutschlands; 3. gegen die Forderung auf Ablieferung von 810 000 Maschinen; 4. auf Schaffung eines parlamentarischen Ausschusses, einer eigenen Tageszeitung der christlich-nationalen Bewegung und einer Volksbank, die die wirtschaftlichen Kräfte der christlich-nationalen Arbeiter, Angestellten und Beamten und der ihnen anstehenden Kreise beim Wiederaufbau Deutschlands einheitslich zur Geltung bringen soll.

Stegenwald teilte mit, daß er alsbald seinen Abschied nehmen werde, um sich den Gewerkschaftsarbeiten ganz widmen zu können.

Ein Frühlingstraum.

Eine Erzählung aus dem Leben von Fr. Lehner.

21. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Aber er traf sie nicht, so sehr er auch Umjchau hielt. Da erfuhr ihn tödliche Angst. Gewiß war sie krank, und wollte es ihm verheimlichen — sie hatte schon neulich so elend ausgesehen. Wenn er sie doch nur aufsuchen könnte; aber das ging ja nicht! Wohl oder übel mußte er bis morgen abend warten!

Endlich, endlich war es Zeit, daß er den gewünschten Besuch machen konnte. Er wollte gleich in das Kontor eintreten, jedoch Gabriele, die ihn hatte kommen sehen, kam ihm entgegen und forderte ihn auf, sich einzuweilen noch mit nach oben in die Privatwohnung zu bemühen, da Papa noch schlief. Ihr Gesicht trug einen seltsam triumphierenden Ausdruck, was er wohl bemerkte, und eine trübe Bitterkeit erfaßte ihn, als er die breiten rotweißbelegten Stufen emporschritt — was machte ihm wohl bevorstehen?

Im Salon angekommen, bat ihn Gabriele, Platz zu nehmen und verwickelte ihn in eine Unterhaltung, die sie wohl zu führen verstand; ihr Benehmen hatte etwas Sicheres, fast Frauenhaftes, das kaum zu ihrer Jugend paßte, vielleicht auch daher rührte, daß sie die Mutter irrt verloren hatte und infolgedessen repräsentierte. — Ihre Hausdame, Fräulein von Vassen, war in ihren Augen seine vollgültige Persönlichkeit — sie wurde ja bezahlt! — Wolf mußte sich Nähe geben, ein nur einigermaßen höflicher Gesellschaftler zu sein, da seine Gedanken anderwärts weilten. Jedoch, das mußte er sich gestehen — wieviel er doch hatte er doch für sie, — daß seine heute selten gut und vorteilhaft ausah in der eleganten lustigen Sommerkleide, die den vollen Hals und den Unterarm freiließ, als einzigen Schmuck ein schwarzes Sammetband tragend, das über der Haut noch mehr hervorhob. Sie hatte wohl seinen bewundernden Blick bemerkt, und ein Lächeln

befriedigter Gierigkeit sog am ihren Mund. Eben fragte sie ihn, warum er sich so selten sehen ließe. Er schützte den Dienst, sowie eine größere militärische Arbeit vor; da hob sie jedoch scherzhaft drohend den Finger.

„Wer das wohl glaubt, Herr von Wolfsburg! Die jungen Leute suchen sich andere Befreiungen! Das schadet aber nichts; Papa sagt, Jugend muß austoben — ich finde es riesig interessant, mich würde es ja gar nicht stören, wenn mein zukünftiger Gatte eine kleine Bergangenszeit hätte. Das werden die besten Ehemänner — meinen Sie nicht auch, Herr Leutnant?“ und sofort lächelnd neigte sie sich etwas zu ihm, während doch ein seltsam schillerndes Bild in ihrem Auge war. Ihm schmeckte es fast die Kehle zu; ohne Zweifel wußte sie um sein Verhältnis zu Mary — neulich schon hatte er das Gefühl gehabt. Es war ihm, als ob Kage und Maus gespielt werde, und er sei die Maus! Siedendheiß überließ es ihn — seine reine Liebe von diesen Lippen in den Staub gezogen!

„Ich weiß in der Tat nicht, gnädiges Fräulein, warum Sie hingielen.“

„Wirklich nicht, Herr von Wolfsburg?“ Sie stand auf; er folgte ihrem Beispiel — „wirklich nicht?“ sagte sie lächelnd den Mund verziehend. Da stand sie vor ihm, sich stolz in den Hüften wiegend, einen verlangenden Ausdruck im Gesicht; wenn er sie jetzt gefaßt hätte, sie hätte es sicher gern geduldet. Er sah ihr wohl an, daß sie dieses Zusammenreffen gern zu einem Schäfermädchen benutzte hätte. Ein Gelächel erfüllte ihn gegen dieses Mädchen mit dem gewöhnlichen Sinn, der von allem nur die niedrige gemeine Seite sah. Einen Augenblick erfaßte ihn der Gedanke, ihr von seinem Verlobnis mit Mary zu sagen; jedoch ein ihm unerklärliches etwas hielt ihn davon ab; es dünkte ihm eine Entweihung, den Namen der Geliebten vor diesen Ohren überhaupt nur zu nennen. Er wußte ja auch, daß Gabriele ihn begehrte — und mit nichts hätte er sie tödlicher verkehren können, als mit jener Erklärung.

Stuttgart, 23. Nov. (Strafkammer.) Der Schreiner Heinrich Baas in Gestlach, der wegen Beihilfe zu dem bekannten Raubmord in Wöhringen a. F. zurzeit eine sechsjährige Zuchthausstrafe absitzt, hielt in seiner Wohnung zwei Eierhandgranaten versteckt. Dafür erkannte ihm das Gericht acht Monate Gefängnis zu, die mit der früheren Strafe zu 6 Jahren 2 Wochen Zuchthaus zusammengefaßt werden.

Degerloch, 23. Nov. (Kindsmörderin.) Beim Leeren eines Aborts wurde der Leichnam eines neugeborenen Kindes gefunden. Die Mutter, ein Dienstmädchen, wurde verhaftet.

Mergentheim, 23. Nov. (Bauerntag.) Der Bauerntag für die Oberämter Crailsheim, Gerabronn und Mergentheim findet am 29. November in Mergentheim statt.

Zutlingen, 23. Nov. (Waldbauung.) Die städtischen Waldungen sind im Stadthauskalkül für 1920 mit einem Ertragnis von 894 000 M. eingelegt, während die Ausgaben sich auf 396 000 M. belaufen.

Trossingen, 23. Nov. (Beschaffungsbeihilfe in der Harmonikaindustrie.) Zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der hiesigen Harmonikaindustrie fanden in der letzten Woche Verhandlungen über die Gewährung von Teuerungsbefristungen statt. Man einigte sich auf eine einmalige Teuerungszulage, die bereits zur Auszahlung gekommen ist. Verheiratete Arbeiter ohne Kinder erhielten 150 M.; mit Kindern, je nach Zahl, 200—800 M.; ledige Arbeiter, je nach Alter, 40—100 M.; ledige weibliche Arbeiterinnen 30 bis 70 Mark.

Rotweil, 23. Nov. (Vom Rathaus.) Der Gemeinderat lehnte die freie Arztwahl für das städtische Krankenhaus ab und stellte sich auf den Boden des bestehenden Vertrags.

Burladingen in Hohenzollern, 23. Nov. (Kirchenneubau.) Zu dem geplanten Kirchenneubau wird die Gemeinde das nötige Bauholz unentgeltlich zur Verfügung stellen und außerdem eine halbe Million M. zu dem vorhandenen Baugrundstock zuziehen.

Heilbronn, 23. Nov. (Württembergisches Obst nach — Holland.) Schiffer, die auf Rheinschiffen arbeiten, teilen dem „Redar-Echo“ mit, daß auf diesen Fahrzeugen große Mengen Unterländer Obst nach Holland transportiert und dort hin verkauft werde.

Weingarten, O.A. Ravensburg, 23. Nov. (Entdecktes Diebesgut.) Auf dem Schießplatz wurde, unter Laubhainen versteckt, ein ganzes Lager von Brauerweischläuchen im Wert von 65 000 Mark entdeckt. Zwei Burjden, die sich an dem Hausen zu schaffen machten, verschwanden im Wald, als sie sich beobachtet sahen.

Vörs i. R., 23. Nov. (Das „verratene“ Waffenlager.) Eine Abordnung der feindl. Ueberwachungskommission in Stuttgart suchte hier vergeblich nach einem Waffenlager, das in der kürzlich abgebrannten Scheuer eines hiesigen Bürgers versteckt gewesen sein soll. Es handelte sich um Waffen der Einwohnerwehr, die in der Scheuer aufbewahrt, aber auch angeordnet waren. Durch die Pressemitteilungen der U.S.P. war die Entdeckungskommission auf diese falsche Spur geführt worden.

Stuttgart, 22. Nov. (Besitzwechsel.) Das bekannte Hotel Zhle in der Schellingstraße (beim Bahnhof) ist vom württ. Finanzamt angekauft worden. Es soll zu Beamtenwohnungen umgebaut werden.

Stuttgart, 22. Nov. (Ausstellung.) Die Ausstellung „Unsere Gefangenen in England“ im Residenzschloß wurde am Sonntag feierlich eröffnet.

Dertürkeim, 22. Nov. (Schwerer Bahnunfall.) In der Nacht zum Sonntag fuhr der Zug ins Oberland ein gutes Stück über die Station hinaus. Die 16 Jahre alte Elsa Faust von Wiesbaden, die hier auf Besuch weilte, war der Meinung, der Zug halte nicht. Sie sprang deshalb ab, geriet unter die Räder.

„Ahn, Sie schweigen — Sie bekennen sich also schuldig?“ forschte sie mit leichtem Lächeln.

„Mein gnädiges Fräulein, ob wahr oder nicht — jedenfalls halte ich ein Gespräch über solche Dinge für sehr wenig passend zwischen einer jungen Dame und einem unverheirateten Herrn.“

„Voll Aerger über die erhaltene Zurechtweisung preßte sie die Lippen zusammen, während ein hochmütiger Zug ihr Gesicht entstellte. Das Verlangende, Hingebende war ganz aus ihrer Haltung geschwunden; ihre spigge Gestalt richtete sich hoch auf, und ganz unvermittelt bemerkte sie:

„Ich glaube, Herr Leutnant, Papa wird Sie bereits erwarten!“

Er sah nach der Uhr. „Schon vier? Und auf halb vier bin ich bestellt! Sie gestatten daher, gnädiges Fräulein, daß ich mich entferne.“

Er verneigte sich; diesmal reichte sie ihm die Hand, und als die Tür sich hinter ihm geschlossen, rief sie höhnisch: „Glad auf den Weg, Wolf von Wolfsburg — mein wirst Du doch!“

Banker Ulrich erhob sich von seinem Platz an dem mächtigen Schreibtisch, als Wolf eintrat, ihn zu begrüßen. Er war von ziemlich kleiner, etwas zur Korpulenz neigender Gestalt. Das runde, von einem erregten Parte umrahmte Gesicht trug für gewöhnlich einen gutmütigen jovialen Ausdruck, jedoch ein Zug darin zeigte, daß er rücksichtslos bis zur Härte sein konnte, und auch die Augen hatten einen listigen verschlagenen Ausdruck. Ihm ging der Ruf eines sehr tüchtigen, gewiegten Geschäftsmannes voraus.

„Sie schreiben mir, daß Sie mich erwarten,“ begann Wolf, nachdem sie sich beide gesetzt.

„Ja, allerdings, schon seit zwanzig Minuten —“ lächelte Banker Ulrich.

(Fortsetzung folgt.)

der und verlor beide Fäße. An ihrem Aufkommen wird gegweifelt.

Haubersbrunn OA. Schorndorf, 22. Nov. (Sammlung.) Die Schüler sammelten für das Hindenajal Gmünd Äpfel und Dörrobst. Es konnten über 5 Ztr. abgeschickt werden. Auch der Paulineupflege in Stuttgart wurden von den Schülern diesen Herbst sechs Ztr. Obst überandt.

Leonberg, 22. Nov. (Kartoffelspende.) Der Landwirtschaftliche Bezirksverein hat 703 Ztr. Kartoffel für wirtschaftlich Schwache aufgebracht, die den Bedarfsgemeinden zu 20 Mark der Zentner zugeführt werden.

Heilbronn, 22. Nov. (Todesfall.) Dr. Paul Siebeck, der bekannte Inhaber der Laupp'schen Buchhandlung in Tübingen, ist 65 Jahre alt auf der Hochzeitsreise hier gestorben. Er erkrankte auf der Reise und starb im hiesigen Krankenhaus.

Beipredung süddeutscher Ernährungsminister.

Karlsruhe, 23. Nov. Am Samstag fand in Karlsruhe eine Beipredung der süddeutschen Ernährungsminister statt. Die Minister waren einmütig der Auffassung, daß bei der außerordentlichen Knappheit der Milch bis auf weiteres an der öffentlichen Bewirtschaftung der Milch grundsätzlich festgehalten werden müsse. Wo versuchsweise Erleichterungen durch Lieferungsverträge durchgeführt werden, müsse jedenfalls der Einfluß der Behörden insbesondere auf den Verteilungsplan, die Festsetzung des Ablieferungsfolts und die Preise gewahrt bleiben.

Das derzeitige Verfahren der Reichsbehörden bei Erteilung von Ein- und Ausführungs genehmigung für Lebensmittel wurde als unhaltbar bezeichnet. Die Regierungen behalten sich eine gemeinsame Vorstellung beim Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft vor. Die polizeiliche Bekämpfung des Wuchers soll bei der nächsten Beipredung der Ernährungs- und Wirtschaftsminister zur Erörterung gestellt werden. Etwasige Ausfuhren von Kartoffeln von einem Land in das andere in Süddeutschland sollen nur im gegenseitigen Benehmen der Landeskartoffelstellen gestattet sein.

Mutmaßliches Wetter.

Die Störungen rücken langsam vor. Der Hochdruck leistet aber noch Widerstand. Am Donnerstag und Freitag ist zwar zeitweise bedecktes, aber nur mit vereinzelten Niederschlägen, auch Schneefällen verbundenen Wetter zu erwarten.

Baden.

Karlsruhe, 21. Nov. Die Gemeinde Elsenz hat der Stadt Karlsruhe für minderbemittelte Familien einen Eisenbahnwagen Kartoffel zum Lieferpreis von 20 Mark für den Zentner überwiesen.

Bforzheim, 21. Nov. Die Scheune des Gasthofs zur „Sonne“ in Brötzingen ist vermutlich durch Kinder, die mit Streichhölzern spielten, in Brand geraten. Der Schaden beträgt etwa 70 000 Mark.

Heidelberg, 21. Nov. Ein Hidelberger, der jetzt in Chicago lebt, hat für die Armen seiner Vaterstadt 3000 Mark gespendet. Ein Freund unserer Stadt hat für Kleinrentner, pensionierte Beamten und deren Witwen zur Bezahlung ihrer Hausmieten 10 000 Mark zur Verfügung gestellt.

Offenburg, 21. Nov. Zu den Vorgängen in Urloffen erhält vom dortigen Pfarrer die „Offenb. Ztg.“ eine Zuschrift, die den Gründen nachgeht, aus denen sich die unerfreulichen Ereignisse in Urloffen erklären lassen. In der Zuschrift wird darauf hingewiesen, daß es wohl wenige Gemeinden geben werde, wo so viel gehetzt, gewüthet und alle Autorität untergraben würde wie in Urloffen, und das meistens von fremden Elementen. Dazu das böse Beispiel der Nachbargemeinden des Hanauer Landes. Urloffen bildet die Durchgangsstation so vieler Schmuggler und Schleichhändler in das Hanauer Land und aus dem Hanauer Land. Schließlich wird den amtlichen Stellen der Vorwurf gemacht, daß sie nicht einmal persönlich in Urloffen erschienen seien, um dort auf die Stimmung einzuwirken. Es dürfe auch nicht vergessen werden, daß die Gemeinde Urloffen sehr schwer unter der Maul- und Klauenepidemie zu leiden hatte.

Hornberg, 21. Nov. Aus der Gerberei Mosetter wurde für etwa 100 000 Mark Leder gestohlen.

Schweningen, 20. Nov. (Brand.) In Dauchingen ist die Mühle und ein angebautes Wohngebäude abgebrannt. 100 Zentner Mehl und Getreide sind mitverbrannt.

Heidelberg, 22. Nov. Zwei Gepärdarbeiter aus St. Ilgen, die auf dem Bahnhof Gepäckstücke ihres Inhalts beraubt haben, wurden verhaftet.

Sttenheim, 22. Nov. Während der Händler Ludwig Geiger aus Lippenhardt einem anderen Händler seine Pistole zeigte, hat der Händler, doch einmal zu schiefen. Trotz der Warnungen der Tochter des Geiger drückte dieser ab und schoß seinem Kollegen das Genick ab.

Wertheim, 22. Nov. Der kürzlich verstorbenen Pfarrer Franz August Heminger hat zur Erinnerung an seinen im Weltkrieg gefallenen Sohn dem Gymnasium Wertheim 5000 Mark zur Unterstützung eines evangelischen Schülers vermacht.

Königsbosen, 22. Nov. Durch Feuer sind hier drei gefüllte Scheunen der Landwirte Reckermann und M. Stein und der Witwe Brennsiedt eingäschert worden. Man vermutet Brandstiftung.

Freiburg, 22. Nov. Verhaftet wegen beträchtlicher Steuerhinterziehung wurde ein 60 Jahre alter Fabrikant am Karlsplatz hier, dessen 26 Jahre alter Sohn und ein 60 Jahre alter Kaufmann aus Buchheim. Es handelt sich um einen Betrag von nahezu 2 Millionen Mark.

Mergentheim, 22. Nov. (Gut abgelaufen.) Bei

der Station Dirschborn ist der um 1/8 Uhr in Lauda fällige Mannheimer Frühzug infolge falscher Weichenstellung auf einen Güterzug gestoben. Wie durch ein Wunder ist nur Materialschaden entstanden.

Donauwörth, 22. Nov. In dem neubezogenen Kloster Neresheim (Württ.) ist im 60. Lebensjahre Vater Dr. Simon Roe gestorben. Der Entschlafene war bis vor 10 Jahren hier als Rechtsanwalt anständig und langjähriger Führer der Zentrumsparlei des hiesigen Wahlbezirks. Nachdem seine Frau in ein bayerisches Frauenkloster eingetreten war, wurde Dr. Roe als Vater in das Kloster Beuron aufgenommen.

Bermischtes.

Erkrankung der Kaiserin. Der Zustand der Kaiserin in Doorn ist besorgniserregend. Sie war längere Zeit bei uns. Als das Bewußtsein zurückkehrte, verlangte sie den Besuch des Kronprinzen, der am 23. Nov. in Doorn eintraf. Auch die Prinzessin Eitel Friedrich und Oskar sollen angekommen sein. Der Besuch der Herzogin von Braunschweig, der Tochter des Kaiserpaars, wird erwartet.

Beschlagnahme. In München wurden einige Kisten Silberzeug des Prinzen Leopold von Preußen, wegen seiner sozialistischen Gesinnung der „rote Prinz“ genannt, beschlagnahmt. Dem Frau Sibireten (Heim von Sibirien) steht auf der Briefvermittlung, die man jetzt so oft auf seiner schwedischen Post findet. Wieder ein erregendes Zeichen, wie dieses tatterbüchige hilfsbereite Volk im Norden unserer gefangenen Brüder Not empfindet und unentwegt für die Linderung des Elends eintritt.

Die Beratung der Weimarer Fürstengrube. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft wurde in Weimar ein Geschäftsmann verhaftet, der mit dem vor einem halben Jahre in der Fürstengrube verübten Raub der goldenen und silbernen Kränze von den Sarkophagen Goethes und Schillers in Verbindung stehen soll. Die aufgedeckten Spuren führen nach Leipzig.

Gemischte Freude. Der dänische Gelehrte Professor Krogh wird von seinem Nobelpreis, der über 200 000 dänische Kronen beträgt, ein Drittel als Steuer an den Staat abgeben müssen. Der norwegische Dichter Knut Hamsun, der gleichfalls den Nobelpreis erhielt, ist besser daran, da das norwegische Gesetz von Gelehrten keine Einkommensteuer erhebt.

Einen eigenartigen Wähler leistete sich ein Einwohner in Neudorf b. Plauen am Wahltag, indem er nebst einigen Sportperlen einen Zehnmarksschein in den Briefumschlag steckte und diesen dazu bestimmte, daß die mit der Wahlarbeit Beschäftigten dafür ihren Durst löschten. Was dann auch geschehen ist.

Zeitsbild. Bei einer Durchsichtung der Wohnung des Inspektors Blum in Haus Charlottenstraße 50 in Berlin, die auf Veranlassung des Auswärtigen Amtes erfolgt war, wurden zahlreiche Möbel aus einer Abteilung des Auswärtigen Amtes beschlagnahmt. Gleichzeitig entdeckte man im Dachstuhl des Hauses eine vollkommen eingerichtete Schokoladenfabrik, deren Produkte von den Schönen des Blum unter gefälschten Packungen in den Handel gebracht worden waren.

Fahrgartenschwandel. Auf dem Bahnhof in Duisburg wurden 17 Personen wegen Verkaufs gefälschter Fahrgarten verhaftet. Der der Eisenbahnverwaltung entstandene Schaden soll in die Millionen gehen.

Auf dem Anhalter Bahnhof in Berlin wurden 109 Kg. Feingold in Barren beschlagnahmt. Das Gold war für Basel bestimmt. Die Sendung soll aus Schweden gekommen sein.

Der Gipfel. Nach dem bulgarischen Blatt „Utro“ wird gegen die Frauen angeführter bulgarischer Meerführer Anklage erhoben, weil sie durch den Einfluß auf ihre Männer zu dem unglücklichen Ausgang des Kriegs beigetragen haben.

Häutenerzeugung. Bei der letzten in Mannheim veranstalteten Häutervereinerung handelte es sich um ein Angebot von rund 7000 Großhühnerhäuten, 5000 Kalb- und 1300 Hammelfellen. Bei zurückhaltendem Angebot und gedrückten Preisen rückte sich der Verkauf nur langsam ab: Dabei erzielten Kuhhäute 13.00-16.00 Mk. (im Oktober 14.00-19.00 Mk.), Kinderhäute 14.75-17.15 Mk. (15.00-19.50), Ochsenhäute 14.25 bis 16.65 Mk. (14.55-18.95), Bullenhäute 12.75-16.75 Mk. (13-18.50), Kalbfelle 18.10-22.10 Mk. (14.25-23.25), Hammelfelle 8.05 Mk. (9.30) alles für das Pfund.

Die blaue Kohle. Die schwarze Kohle kennt jedes Kind. Neuerdings wird im Geschmack der modernsten Zeit auch von einer weißen Kohle gesprochen und man meint damit den durch natürliche Wasserkraft gewonnenen elektrischen Strom. Der französische Arbeitsminister hat nun neulich auch auf eine blaue Kohle hingewiesen, deren Ausbeutung in Frankreich nach einem auch in Deutschland schon früher angeregten Gedanken ins Werk gesetzt werden soll: die Gewinnung von elektrischer Kraft durch Ausnutzung von Ebbe und Flut an den Meeresküsten. Frankreich besitzt 1500 Km. Meeresküsten und der Wasserstandsunterschied beträgt z. B. in St. Malo in gewöhnlichen Zeiten 4 Meter, zur Zeit der Ebbe und Hochzeiten 13 1/2 Meter. In der Bretagne sollen die ersten Versuche gemacht werden.

Der Luftverkehr mit Amerika. Für 1500 Goldmark wird der Luftreisende in nächster Zukunft in etwa 35 Stunden eine Reise von London nach New York im Luftschiff machen können. Das ist eine der Voraussetzungen, die der Oberingenieur der großen englischen Flugzeugfabrik von Bickers, Pratt, in einem schon erschienenen Buch „Handelsluftschiffe“ macht. Nach seiner Ansicht gehört dem Luftschiff für den Verkehr über den Atlantischen Ozean die Zukunft, und zwar wird der Flugdienst zwischen England und Amerika von drei Schiffen ausgeführt werden, die miteinander in der Fahrt abwechseln. Da die Reisedauer etwa 30 bis 60 Stunden betragen wird, so kann jedes Schiff eine Fahrt hin und zurück in der Woche machen, wobei es eine Höchstbelastung von etwa 24 Tonnen mit sich führt. Pratt schätzt, daß mit einem solchen Schiff 100 Personen befördert werden können, von denen jede Person 100 Pfund Gepäck und 30 Pfund Nahrung mitnehmen kann. Wenn die Reise zweimal in der Woche hin und zurück gemacht wird, so könnte die ganze Elbpost von England zugleich noch mit dem Luftschiff befördert werden. Die Luftschiffe werden mit allen Bequemlichkeiten ausgestattet sein und den Reisenden auch die Möglichkeit gewähren, sich während der Reise zu bewegen. Pratt betont in seinem Werk die hervorragende Rolle, die der deutsche Erfindungsgeist und deutsche Industrie beim Bau der Luftschiffe gespielt haben. Er hätte christlicher Weise sagen können, daß das Luftschiff eine rein deutsche Erfindung ist, die jetzt den Deutschen gestohlen ist und von ihren Feinden ausgedeutet wird, wie so manche andere deutsche Erfindung.

Die Hauptsache. Der kleine Hans ist in die Schule gekommen. Er trägt lange Haare und einen Ruffenmittel und wird von seinen Mitschülern deswegen recht gehänselt. Bei dir weiß man auch nicht, ob du ein Bub bist oder ein Mädel,“ rief der eine. Hanschen antwortet gelassen: „Seid nur ganz ruhig, meine Eltern wissen Bescheid!“

Polnische Frauen-Bürgerwehr in Lemberg

Locales.

— **Eine Mahnung an Geschäftskolente.** Jetzt, wo sich das Geschäftsleben wieder etwas erholt hat, sei darauf hingewiesen, welchen Nutzen eine zielbewusste Zeitungsreklame dem Geschäftsmann bringt. Es gibt vielerlei Gutes überall, um das sich kein Mensch bekümmert, weil es dem großen Publikum unbekannt ist. Sache des Verkäufers ist es, die Vorzüge seiner Ware ins rechte Licht zu rücken. Dies geschieht noch immer am billigsten durch eine zweckentsprechende Zeitungsanzeige. Freilich, auf einen Schlag fällt kein Baum! Will man das große Publikum zu sich heranziehen, so muß man ihm möglichst oft und nachdrücklich die Firma ins Gedächtnis rufen. Zunächst wird der Leser auf dies und jenes nur aufmerksam. Danach wird sein Interesse gesteigert. Die er aber öfters von den Vorzügen dieses und jenes Artikels, so wird sein Interesse in Kaufkraft verwandelt. Was Zeitungsreklame vermag, wissen am besten die Weltkriegen, die durch sie groß geworden sind.

— **Gute und falsche Reichsbanknoten.** Wie bekannt, leht die Reichsbank die Erpayleistung für falsche Reichsbanknoten zu 50 Mark mit dem Datum vom 24. Juni 1919, die seinerzeit zur Einziehung aufgerufen waren, ab. Die von der Fälschergesellschaft in München vor einiger Zeit ausgegebenen sogenannten grünen Noten mit dem Frauenkopf auf der rechten Vorderseite sind ebenfalls mit dem Datum des 24. Juni 1919 versehen. Die echten Noten dieser Ausgaben haben durch einen auf der Mitte der Rückseite befindlichen, in das Papier eingewirkten Faserstreifen einen besonderen Schutz erhalten, so daß echte und falsche Noten dieser Art leicht zu unterscheiden sind. Da nun gerade von den Münchner Fälschern eine große Zahl in Süddeutschland in Umlauf gesetzt ist, ist es von Wert, die Merkmale zu kennen, aus denen die Echtheit der 50 Markscheine ersichtlich wird. Dafür gibt das Reichsbankdirektorium folgende von einer süddeutschen Oberpostdirektion zusammengestellten Werkzeuge bekannt: Die echten Scheine haben ein natürliches Wasserzeichen, ein Stern- und Dreieck-Muster und klare, nicht verkrüppelte Unterschriften. Scharfe Pressstellen oder Faltlinien in der Form des Wasserzeichensmusters auf der Oberfläche der Banknote lassen die Nachahmung deutlich erkennen.

— **Gegen die Fernsprechevertenerung.** Der Wirtschaftsverband der Ärzte Deutschlands beabsichtigt, durch Unterschriftensammlung eine Volksabstimmung über die geplante weitere Erhöhung der Fernsprechegebühren herbeizuführen.

— **Das Porzellan** wird nach einer Mitteilung aus Fachkreisen nicht billiger, weil die Löhne und die Rohstoffpreise stetig in die Höhe gehen. Der Wap ist etwas zurückgegangen, die Nachfrage im Ausland aber gestiegen, wohl infolge der Valutaverflechterung.

Letzte Nachrichten.

Vom Völkerverbund.

Genf, 23. Nov. Die deutsche Denkschrift über die Kolonien ist im Völkerverbund in englischer und französischer Sprache verteilt worden. Milten (Australien) verlangte eine Beipredung der Note. Barnes verlangte, der Völkerverbund solle die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten zwischen Polen und Rußland verhindern.

Der Berichterstatter des „Exchange Telegraph“ behauptet, er habe eine Umfrage bei Bevollmächtigten des Völkerverbunds gehalten und könne feststellen, daß von 50 Staaten 24 für die Aufnahme Deutschlands seien. — Der Londoner „Daily Chronicle“ schreibt, die öffentliche Meinung Englands sei überwiegend für die Zulassung Deutschlands in den Völkerverbund.

Auf die Mitteilung des Generalsekretariats des Völkerverbunds, daß die Anwesenheit des künftigen Vertreters Oesterreichs in Genf erwünscht sei, wenn über die Aufnahme Oesterreichs Beschluß gefaßt werde, hat die österreichische Regierung den früheren Votschafter in London, Grafen Mensdorff, als Bevollmächtigten nach Genf entsandt.

Krieg im Oden.

Kopenhagen, 23. Nov. Nach Meldungen aus Riga sind die russisch-polnischen Friedensverhandlungen abgebrochen worden, bis Polen seine Truppen zurückzieht.

Amerikanischer Lebensmittelkredit.

London, 23. Nov. Der „Daily Telegraph“ läßt sich aus New York melden, eine Gruppe amerikanischer Bankiers beabsichtigt, Deutschland einen Kredit von 40 Millionen Pfund Sterling (8 Milliarden Goldmark) zum Ankauf von Lebensmitteln und Rohstoffen zu schaffen. Als Pfand sollen die deutschen Besitztümer in den Vereinigten Staaten dienen, die auf 80 Millionen Pfund geschätzt werden. (Wenn diese Meldung nicht wieder ein Börsenmanöver zur Valutap speculation ist!) (S. 2.)

Berlin, 23. Nov. Es wird darauf hingewiesen, daß die Andeutungen einiger Blätter, als ob General Vandendorff an den Kapitalverschreibungen beteiligt wäre, durchaus unzutreffend seien, dagegen sei die Berliner Hochfinanz in Industrie und Handel sehr stark beteiligt.

Berlin, 23. Nov. Im Hauptauschuß des Reichstags wurde ein Antrag, von den 5 beantragten Generalen 2 zu streichen, einstimmig angenommen. Ein sozialdem. Antrag, statt 14 Generallieutenants nur 10 zu bewilligen, wurde abgelehnt. Die Zahl der Generalmajore wurde um 6, die der Obersten um 15 vermindert.

Berlin, 23. Nov. Der kommunistische Rechtsanwalt Lamy in Elberfeld wurde wegen Verdachts des Hochverrats und Sprengung von Briefkästen verhaftet. Das Verfahren wegen Entmündigung ist eingeleitet, da Lamy zweifelslos geisteskrank ist.